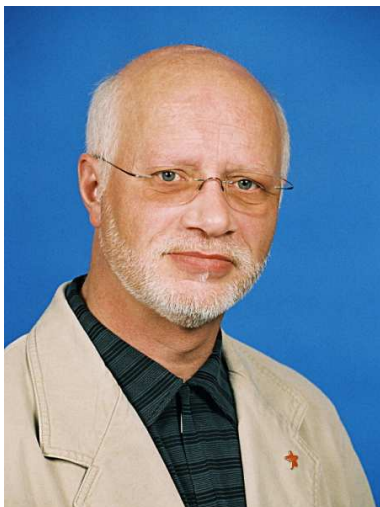


# Kreistagsfraktionsvorsitzendenkonferenz verabschiedet

## Tangermünder Appell

Bericht von Gerald Grünert (MdL)



Mit dem Ziel sich über politische Vorhaben und ihre Umsetzung auszutauschen, kamen die Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen und der Stadtratsfraktionen der kreisfreien Städte auf Einladung der Landtagsfraktion am 14. und 15. Januar 2011 in Tangermünde zusammen. Unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Wulf Gallert (MdL) widmete sich die Kreistagsfraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN aktuellen Problemen auf Landes- und Kommunalebene in Sachsen-Anhalt.

Mit den Kommunalfinzen stand ein Thema auf der Tagesordnung der Fraktionsvorsitzenden, das derzeit viele engagierte Menschen in den Landkreisen, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden bewegt. Neben den Kürzungen, die der durch CDU/CSU und FDP beschlossene Bundeshaushalt 2011 mit sich bringt, wurde insbesondere auf die prekäre Finanzlage vieler Kommunen in Sachsen-Anhalt eingegangen. Bis Ende September 2010 mussten die Kommunen in unserem Bundesland 143.363.775 Euro (eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um mehr als 300%) mehr ausgeben, als sie einnehmen konnten. Zudem mussten in diesem Zeitraum, um die Zahlungsfähigkeit vor Ort zu sichern, 95.404.765 Euro (eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 10 %) mehr an kurzfristigen Krediten aufgenommen werden als noch im Vorjahr. Die Summe kommunaler Kassenkredite belief sich Ende September 2010 auf insgesamt 1.048.506.358 Euro.

Die Fraktionsvorsitzenden stellten fest, dass vor dem Hintergrund zunehmend stärkerer Defizite in den kommunalen Kassen sich die Kommunen zur Zeit immer größeren Herausforderungen bei der Bewältigung der Folgen dieses Winters gegenüber sehen. Einhellig wurde die Auffassung vertreten, dass sich das Land jetzt nicht aus seiner Verantwortung stehlen darf.

In einem Tangermünder Appell forderten die TeilnehmerInnen die Landesregierung auf, jetzt konkrete Unterstützung für die Landkreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden zu organisieren. Den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes sei weder erklärbar, dass Straßen kaum befahrbar sind, noch dass ganze Regionen gegen die Witterung und das Winterhochwasser nicht ausreichend gewappnet sind, heißt es in dem Appell weiter.

Um in dieser schwierigen Situation den aktuellen Problemen im Land gerecht zu werden und die kommunale Handlungsfähigkeit zu sichern, forderten die Fraktionsvorsitzenden ein Sofortprogramm für die Beseitigung der Straßenschäden in Höhe von 20 Millionen Euro und darüber hinaus 52 Millionen Euro, um Kommunen finanziell bei der Bewältigung der besonderen Witterungslagen, insbesondere für die durch Hoch- und Grundwasser belasteten Regionen, zu unterstützen.

Die für die Programme notwendigen finanziellen Mittel sollen aus den Steuermehreinnahmen des Landes im Jahr 2010 (Anfang Dezember ging das Finanzministerium von 155,3 Millionen Euro aus) entnommen und den Kommunen umgehend, zielgenau und dem tatsächlichen Bedarf angemessen zur Verfügung gestellt werden.